



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Michael Schrodi fordert: Dispozinsen gesetzlich begrenzen

Olching, 18.01.2021

Michael Schrodi, MdB
Ilzweg 1
82140 Olching
Telefon: +49 8142 501 0589
Fax: +49 8142 501 3962
michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Otto-Wels-Haus
Raum: 5.027
Telefon: +49 30 227-77541
Fax: +49 30 227-70541
michael.schrodi@bundestag.de

Bundestagsabgeordneter

Der SPD-Bundestagsabgeordnete für die Landkreise Dachau und Fürstentfeldbruck, Michael Schrodi, fordert die Zinssätze für Kontoüberziehungen gesetzlich zu regulieren. Einen entsprechenden Beschluss hat die SPD-Bundestagsfraktion gefasst. In Deutschland sind die Zinsen für Überziehungskredite im europäischen Vergleich sehr hoch.

Dies, so Schrodi, belaste vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen. Eine Deckelung der Dispozinsen scheidet bisher am Koalitionspartner.

Noch im November 2019 gingen einer Forsa-Umfrage zufolge mehr als zehn Millionen Menschen in Deutschland davon aus, ihr Konto über die Weihnachtsfeiertage überziehen zu müssen. Hierfür fallen aber in Deutschland oft enorm hohe Zinsen an. Der SPD-Abgeordnete sieht darin eine der Folgen der sozialen Ungleichheit in Deutschland. „Die Zahl der Menschen die auf einen Dispokredit angewiesen sind, war bereits vor der Corona-Krise zu groß“, so Schrodi. „Jetzt sind zusätzlich Millionen Menschen in Kurzarbeit und verfügen über ein geringeres Einkommen. Wir wollen nicht, dass diese Menschen zusätzlich durch hohe Zinsen belastet werden, wenn sie ihr Konto aufgrund einer finanziellen Notsituation überziehen müssen.“

Schrodi fordert daher, dass der Zinssatz für vereinbarte Kontoüberziehungen maximal 6 Prozentpunkte über einem vereinbarten Basiszinssatz liegen darf. „So kann sichergestellt werden, dass Menschen, die fest auf ihr monatliches Gehalt angewiesen sind, nicht Gefahr laufen, in die Dauerverschuldung zu geraten.“ Zudem würde so mehr Transparenz hinsichtlich der Dispo-Konditionen geschaffen.

Außerdem, so Schrodi, sollen in Zukunft keine Zusatzzinsen bei Kontenüberziehung mehr verlangt werden dürfen und die Angebote zur Beratung von Menschen in finanzieller Not müssen ausgebaut werden. „In einer Zeit, in der sich deutsche Kreditinstitute bei der EZB Geld zu einem Leitzins von null Prozent leihen können, müssen diese günstigen Konditionen auch an die Menschen weitergegeben werden.“ Stattdessen sind die



Dispozinsen fast schon wieder auf dem Niveau der Vor-Corona-Zeit. Dem müsse nun ein Ende bereitet werden, damit Menschen im unteren Einkommensbereich zu entlasten. „Es ist keine Schande auf einen Dispokredit angewiesen zu sein, sehr wohl aber, wenn man die finanzielle Entlastung dieser Menschen verhindert“, richtet Schrodi einen Appell an die CDU/CSU-Fraktion.